

Das Ruhegehalt nach Maß 2 beträgt bei einer Dauer der Dienstjahre von vier Jahren 25 v. H. von fünf Jahren 30 v. H. von sechs oder mehr Jahren 35 v. H. mehr, außerordentlich 40 v. H. der Dienstbezüge bei im Amte befindlichen Ministern nach den jeweils geltenden Bestimmungen, jedoch unter Ausschluß der Aufwandsentschädigung.

Das Ruhegehalt wird ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit und auf das Lebensalter mindestens in Höhe des Betrages von 25 v. H. gewährt, wenn der Minister bei Ausübung oder aus Anlaß seines Dienstes ohne eigenes Verschulden eine Gesundheitschädigung erlitten hat, die sein Ausscheiden aus dem Amte wegen Dienstunfähigkeit zur Folge hat.

Die Vorschriften des § 4 gelten nicht für Minister, die aus einem belohnten Reichs-, Landes- oder Gemeinbedienst berufen werden. Diese erhalten, wenn sie ausscheiden, ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit nach Gewährung der in § 3 geordneten Bezüge, das ihnen nach den für Staatsdiener geltenden Bestimmungen zustehende Ruhegehalt. Das Ruhegehalt darf jedoch das tatsächlich bezogene Dienstentkommen der letzten Dienststelle, aus der heraus der Minister berufen worden ist, nicht übersteigen, es muß aber mindestens das Dienstentkommen eines Beamten im Endgehalt der Befoldungsgruppe 12 erreichen.

Den Bericht des Rechtsausschusses erstattet Abg. Sievertz (Komm.), der im Namen seiner Fraktion Minderheitsanträge einbringt. Ihr Sinn ist der, daß die Ministerpensionen abgelehnt werden.

Nach Ablehnung der Minderheitsanträge, die teilweise in momentlicher Abstimmung erfolgt, wird der Gesetzentwurf in der Fassung der Ausschlußmehrheit mit den Stimmen der Koalitionsparteien angenommen.

Zu Kapitel 24

Sammlung für Kunst und Wissenschaft

Recht die Berichterstatterin Abg. Frau Wättner (Soz.) im Auftrage des Haushaltsausschusses den Antrag die öffentlichen Landesbibliothek zu ermäßigten, Verwendungsgebühren zu erheben und diese Summe neben den im Etat eingelegten Mitteln zum Ankauf von Werken zu verwenden. Dieser Antrag findet Annahme.

Zu Kapitel 31 Universität Leipzig liegen zwei Minderheitsanträge vor. Abg. Weikel (Soz.) beantragt, die Zahl der theologischen Professuren auf das Notwendigste zu beschränken. Diese Fakultät wird für einen großen Teil der Bevölkerung nicht mehr die Rolle wie früher. Sie ganz abzubauen, sei nach der Reichsversammlung nicht möglich. Die Minderheitsanträge werden abgelehnt.

Don Stadt und Land.

Aus, 27. Juni.

Sächsischer Industrie und Kreditnot.

In der Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller am 19. Juni bildete einen der Hauptgegenstände die Frage der Kreditnot und die hierdurch geschaffene, sich allmählich schweriger gestaltende Lage der sächsischen Industrie. In der Aussprache wurde als selbstverständlich von allen Seiten betont, daß das Bestreben der Reichsbank, eine neue Inflation zu vermeiden, unbedingt Unterstützung verdienen, daß aber die Frage aufgeworfen werden müsse, ob alle Maßnahmen, die die Reichsbank zu diesem Zwecke ergreifen hat, notwendig sind und ob nicht bei weniger schematischer Durchführung der Maßregeln den dringendsten Wünschen der Wirtschaft mehr Rechnung getragen werden könne. Ohne daß dadurch eine Inflationsgefahr zu entstehen braucht. Neben Maßnahmen, die die Reichsbank nach dieser Richtung hin getroffen hat, gibt in einzelnen Fällen auch das Verhalten der Leitungen der Reichsbanknebenstellen zu begründeten Beschwerden Veranlassung. Der Gesamtvorstand beschloß deshalb, den Reichsbankpräsidenten zu ersuchen, einer Abordnung des Verbandes Sächsischer Industrieller Gelegenheit zu einer Aussprache über die mit der Kreditnot zusammenhängenden Fragen zu geben.

Einen weiteren wichtigen Punkt der Beratung bilden die sich häufenden Beschwerden über die drückende Steuererziehung, die leider sehr häufig auf die Möglichkeit der Weiterführung der Betriebe keinerlei Rücksicht nimmt und offensichtlich mit den Anweisungen des Reichsfinanzministers und des sächsischen Finanzministers im Widerspruch steht. Der Gesamtvorstand beschloß, gegen dieses Verhalten der Steuerbehörden auf das energischste Einspruch zu erheben, entsprechende Anträge bei dem Reichsfinanzminister und dem sächsischen Finanzminister zu stellen und zu vertreten und vor allem darauf hinzuwirken, daß eine Kreditrestriktion, wie sie heute geübt wird, auch die Liquidität der Betriebe für die das tragbare Maß weit überschreitende Steuerforderungen von selbst in Frage stellen muß.

Der Untersuchungsausschuß für den Fall Wötcher. Am Mittwoch trat der Ausschuß, der die von dem ehemaligen Finanzminister Wötcher, kommunistischer Abgeordneter, getroffenen Maßnahmen untersuchen soll, zu seiner ersten Beratung zusammen. Es handelt sich dabei um drei Punkte: 1) Um die Verwendung der 800 Millionen Mark, die dem sächsischen Staat für allgemeine Ausgaben überwiesen worden waren, 2) um die Folgen, die die Verteilung von 40 bis 50 Tausend Spielkarten aus den Moritzburger Teichen an Erwerbslose und Kurzarbeiter für den Staat gehabt hat und 3) um die Personalpolitik Wötchers. Beschlüsse sind noch nicht gefaßt, da zunächst die Regierung gehört werden soll. Der „Leute“ Freund. Der von Dr. Zeigler aus Nürnberg in die sächsische Regierung berufene und zum Ministerialdirektor ernannte Kurt Freund, ist bekanntlich vor kurzem aus dem Abbau verfallen und auf Wartegeld gesetzt worden. Das wird für die sächsischen Steuerzahler eine recht kostspielige Sache werden, denn man hat auch hier wieder in der aller-

freigestellten Waise Dienstjahre herausgerechnet. Für die elf Monate, die der Genosse Freund als sächsischer Ministerialdirektor Dienst getan hat, sind ihm im ganzen 16 Dienstjahre zusammengerechnet worden. Aus der amtlichen Ausrechnung geht hervor, daß Freund 6 Monate Militärdienst geleistet, aber vier Kriegsjahre angerechnet erhalten hat. Seine sächsische Dienstzeit ist ihm mit elf Jahren angerechnet worden, so daß im ganzen 16 Dienstjahre herauskommen. Da er sein Gehalt nach Sonderklasse B5 bezog, bekommt er jetzt ein Wartegeld von 614 Mark pro Monat. Dabei ist Freund erst 84 Jahre alt. Diese Feststellung ist auch, wie der sächsische Zeitungsdienst schreibt, deshalb sehr interessant, weil sich ergibt, daß man ihm Dienstjahre für den Bezug der Pension als Ministerialdirektor bis zu seinem 18. Lebensjahre, also bis zu der Zeit, in der er noch Pionier war, gerechnet hat. Nach den für alle anderen Beamten geltenden Bestimmungen ist hier die Mindestgrenze das 25. Lebensjahr. Der während seiner kurzen Dienstzeit so viel umstrittene Zeigler-Intimus Freund wird also auch nach seinem nun glücklicherweise erfolgten Ausscheiden aus dem sächsischen Staatsdienste den sächsischen Steuerzahlern voraussichtlich noch lange schwer auf der Tasche liegen.

Der Reichsfinanzminister gegen die Steuererhöhung für die Landwirtschaft. Wie wir erfahren, hat der Reichsfinanzminister zu dem Antrag des Reichslandbundes um zinslose Stundung der Steuern bis nach Einbringung der Ernte eine ablehnende Stellung eingenommen. Der Finanzminister hält generelle Stundung steuerlich für nicht tragbar, auch würde sie zu gleichen Forderungen anderer Berufsstände, besonders aus der notleidenden Industrie führen. Eine Entscheidung des Kabinetts ist bis heute noch nicht erfolgt.

Verwaltung der Grunderwerbssteuer. Der Reichsfinanzminister hat auf Antrag der sächsischen Regierung die Geschäfte der Finanzämter bei der Verwaltung der Grunderwerbssteuer in Sachsen den sächsischen Gemeinden übertragen.

Sächsischer Lebenshaltungs-Index. Nach den Preisfeststellungen vom 25. Juni 1924 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indizes der Lebenshaltungskosten (1913/14 = 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung): 1,129 Billionen. Gesamtindex ohne Bekleidung: 1,077 Billionen. Am 18. Juni 1924 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten: 1,141 Billionen und ohne Bekleidungskosten 1,089 Billionen. Vom 18. bis 25. Juni 1924 sind mit den Preisen, die bei der Preisermittlung berücksichtigt wurden, um 1,1 bzw. 1,1 v. H. gefallen.

Neue Sätze für die Jugtiersteuer. Der Rechtsausschuß des Landtages nahm die Vorlage betreffend Änderung des Gesetzes über die Jugtiersteuer mit der Änderung an, daß anstatt des bisherigen Steuerfußes von 48 Mark für Pferde 16 Mark und anstatt des bisherigen Steuerfußes von 36 Mark für Zugrinder 12 Mark gesetzt wird. Ein Antrag, die Jugtiersteuer aufzuheben, wurde abgelehnt, desgleichen ein kommunistischer Antrag, die Steuer nach der Zahl der Zugtiere progressiv zu staffeln und ebenso ein deutschnationaler Antrag, das Recht der Gemeinden und Bezirksverbände, den genannten Steuerfuß bis zur dreifachen Höhe zu erheben, zu ändern in die Befugnis, sie nur bis zur doppelten Höhe erheben zu dürfen.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Lage auf dem Arbeitsmarkt für die Zeit vom 15.—21. Juni folgenden Bericht: Die Gesamtbeschäftigung hat auch in dieser Berichtswoche keine Neigung zur Besserung gezeigt. Die im vorletzten Bericht ausgesprochene Befürchtung, daß die Erwerbslosigkeit in Sachsen mit Ende Mai ihren tiefsten Stand erreicht haben dürfte, ist vielmehr Tatsache geworden, denn die aus der Erwerbslosenfürsorge Unterstützten haben sich seitdem wieder um 2413 Hauptunterstützungs- und 2871 Zuschlagsempfänger vermehrt, so daß die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger bis 15. Juni auf 28 228, und zwar 23 639 männliche und 4 589 weibliche, und die der Zuschlagsempfänger auf insgesamt 30 013 Personen gestiegen ist. Von den Hauptunterstützungsempfängern, unter den 1048 unter 18 Jahren enthalten sind, wurden am 15. Juni 3574 zu Pflichtenarbeiten, 1788 zu kleinen und 1371 zu großen Notstandsarbeiten herangezogen. Da jedoch die Erwerbslosenunterstützung seit Inkrafttreten der Verordnung vom 16. Februar 1924 nur noch unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Kurzarbeiten überhaupt nicht mehr gewährt werden darf, kann an obigen Zahlen nicht der in der rückläufigen Bewegung bis jetzt tatsächlich erreichte Grad in vollem Umfange gemessen werden.

Die Erholungsheime des Sächsischen Militär-Verbands. Die schon so vielen alten Soldaten Erholung gebracht haben, sind in der letzten Zeit einer vollkommenen Innenreorganisation unterzogen worden. Das Windisch-Haus, das auf der Höhe vor Dippoldiswalde liegt und sich durch seine herrlichen Fernblick auf die Höhen von der sächsischen Schweiz bis zum Erzgebirge auszeichnet, hat auch neue Verwirklichung erhalten. Auch das Krug v. Nidda-Haus in Lauter bei Aue i. Erzgeb. ist neu vorgerichtet worden. Die Verpflegung in den beiden Heimen ist eine erstklassige. Die ständige Gebirgsluft kräftigt die ermüdeten Nerven, so daß alle Gewähr für einen segensreichen Erfolg eines Aufenthaltes gegeben ist. Aufnahme erfolgt auf Antrag durch den zuständigen Militärvereinsvorsitzer bei der Geschäftsstelle des Sächsischen Militär-Verbands, Dresden-V., Straußw. 81. Sofern nicht alle Plätze im Heim durch Militärvereinsmitglieder besetzt sind, können auch Nichtmitglieder Aufnahme finden. Das Bundespräsidium hofft, daß recht viele Kameraden im Lande Aufenthalt in den schönen Heimen nehmen.

Bürgerliche Wähler bei Wahlen. Tabelle mit 3 Spalten: Bürgerliche, Sozialdemokr., Kommunistisch. Zeilen: Rohwein, Döbeln.

Keine Herabsetzung der Fernspreckgebühren. Die Nachrichten, die von einer Herabsetzung der Fernspreckgebühren zum 1. Juli wissen wollen, sind unzutreffend. Die bisherigen Ortsspreckgebühren bleiben bestehen. Herabgesetzt werden nur die Nebengebühren, nämlich Einrichtungsgeld, Anschlußgebühren usw. Die übrigen Hauptgebühren außer der Ortsspreckgebühren bleiben gleichfalls unverändert.

Volkschule aus. Am 21. Juni mußte die 2. botanische Wanderung der Volkschule aus wegen eines Gewitters unterbleiben. Sie wird am 28. Juni 1/4 Uhr nachmittags nachgeholt und beginnt an der Schlucht an der neuen Niederflehmar Straße.

Das Friedensprogramm Wilsons und der Wortbruch von Versailles. Zusammengefasst zum 28. Juni 1924 von Wilhelm Schaefer, herausgegeben vom Arbeitsausschuß deutscher Verbände, Berlin NW 6, Quisenstraße 31a.

Am 28. Juni 1924 läßt sich zum 5. Male der Tag, von dem das deutsche Volk nach vierjährigem Kampfe gegen eine vielfache Uebermacht erschöpft und verblüdet, den ihm durch Wilson und die Entente Staatsmänner verheißenen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit erhoffte und erhoffte. Was aus diesem Wilson-Frieden in Versailles gemacht wurde, haben wir in 5 Nachkriegsjahren am eigenen Leibe bitter erfahren müssen. Der Verfasser führt noch einmal kurz, aber trotzdem umfassend dem Leser vor Augen, wie und mit welchen zynischen Mitteln die Diktatoren in Versailles die Worte brachen, die sie dem deutschen Volke feierlich gegeben hatten, nachdem sie es zur Waffenstreckung und Wechsellösung veranlaßt hatten. Wir sehen wie sie einen Punkt des Programms nach dem andern nicht nur achlos belächelt haben, sondern in ihr Gegenteil verkehrten.

In den kommenden Tagen ist es Pflicht eines jeden Deutschen, sich diesen an seinem Volke verübten beispiellosen Wortbruch immer wieder vor Augen zu führen, dessen furchtbare Wirkung nicht nur uns, sondern die ganze Welt um Ruhe und Frieden gebracht hat und noch weiter bringen wird, wenn er nicht bald wieder gut gemacht wird: eine Reparationspflicht der anderen, riesengroß gegenüber der unsrigen.

Morgen Sonnabend veranstaltet die Vereinigung vaterländischer Verbände Aue und Umgegend abends 8 Uhr im Bürgergarten eine Protestkundgebung, auf die wir hiermit noch besonders mit Bezugnahme auf das Inserat in unserer gestrigen Tageblatt-Ausgabe hinweisen.

Theater, Konzerte, Vergnügungen, Kunst.

Schillers „Wilhelm Tell“ im Naturtheater Ebnitz. Wie aus den Zeitungsanzeigen ersichtlich ist, findet am Sonntag, den 29. Juni im Naturtheater Ebnitz eine Aufführung von Schillers Wilhelm Tell statt, der am Tage vorher, nachmittags 1/4 Uhr eine Schillerfeier im Garten des Naturtheaters stattfand. Seine Aufführung anlässlich eines Festes der Arbeiterjugend im Jahre 1920 gab die Anregung, den Dreißigener Schieferbruch zum Naturtheater auszubauen. Sein heutiges Ansehen bezeugt, daß das Unternehmen kein Fehlgriff war. Infolgedessen läßt es sich die Leitung des Naturtheaters nicht nehmen, alljährlich in einer Teilaufführung jenes bescheidenen Anlasses zu gedenken. Da nun das Naturtheater endlich über eine eigene, sehr gut eingeleitete Künstlergruppe verfügt, kann man eine einseitige, künstlerisch vollkommene Leistung erwarten. In Anbetracht der volkstümlichen Preise und des zu erwartenden schönen Wetters wünscht man darum den Künstlern und der Leitung einen recht zahlreichen Besuch.

Schneeberg. Stürmische Stadtverordneten-Sitzung. In der außerordentlich stürmisch verlaufenen Stadtverordneten-Sitzung wurde als Gemeindevorsteher auf Antrag der Kommunisten und mit Unterstützung der Sozialdemokraten der frühere Schumann Ernst Richter gewählt. Die bürgerliche Fraktion hatte ihre Stimmen auf den Stadtrat Eppelstein vereinigt.

Annaberg. Schützengautag. Der hier abgehaltene 22. erzgebirgische Gautag des Deutschen Schützenbundes wählte Kaufmann Baumann-Aue als ersten und Kaufmann Röscher-Schneeberg als zweiten Vorsteher. An fünf verdiente Schützenbrüder wurde die goldene, an sieben die silberne und an fünf bronzene Medaillen verliehen. Der Gautag, verbunden mit Freischießen findet im nächsten Jahre in Schlettau statt.

Rodewisch. Elternratswahl. Bei der letzten Elternratswahl war nur von der Parteilosen evangelischen Liste ein Wahlvorschlager eingereicht worden und galten diese Herren ohne weiteres als gewählt. — Kommerzienrat Ernst Rüdiger hier wurde zum Ehrenberater der Technischen Hochschule in Dresden ernannt.

Martenskirchen. Gauturnfest. Zu dem am 19. und 20. Juli hier stattfindenden Gauturnfest des 17. Gau werden etwa 5000 Turner aus dem Südböhmischen Gau erwartet. Am Vorabend finden auf drei Säulen Begrüßungsabende mit reichbesetzter Musik und guten Vorführungen statt.

Bad Elster. Preisabbau. Wie aus Bad Elster gemeldet wird, sind daselbst die Zimmer- und Pensionspreise in den letzten Tagen nicht unerheblich herabgesetzt worden.

Fißha. Gemeindefällige Gasversorgung. Die Gemeinden Fißha, Augustsburg, Erdmannsdorf, Euba, Falkenau, Grünberg, Hofschichte, Kunnersdorf, Niederwiesa und Plau-Bernsdorf haben einen Gasversorgungverband gebildet. Der Verband hat wegen der Gaslieferung bereits mit der Stadt Chemnitz erfolgreiche Verhandlungen geführt.

Jitzau. Ein neuer Gewerkschaft gegen das deutsche Schulwesen in Böhmen wird jetzt aus dem benachbarten Reichenberg gemeldet. Die Regierung hat die Aufhebung der deutschen Lehrerbildungsanstalt in Reichenberg beschlossen. Dieser neue Vorstoß gegen das deutsche Schulwesen hat in der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen. In einer Bepfropfung des Falles wurde die Ansicht geäußert, daß dieser neue Angriff gegen das deutsche Schulwesen jedes sächsischen Grundes entbehre und daß bei Sperrung von zwei deutschen Lehrerbildungsanstalten auf einmal (Beltmeritz und Reichenberg) in kurzer Zeit Mangel an deutschen Lehrern eintreten müsse.

Dresden. Ein Zwischenfall im Dresdner Residenztheater. Im Dresdner Residenztheater, dessen Direktion durch musterghälige Operenaufführungen und Engagements bedeutender Gäste viel Anerkennung gefunden hat, sollte am Dienstag mit der Berliner Sängerin Emmy Sturm in der Titelrolle „Madame Pompadour“ gegeben werden. Nach dem ersten Akt mußte der Direktor Dr. Schreiber dem Publikum mitteilen, daß Frau Emmy Sturm wegen Gagenunterschieden weigert habe, weiterzuspielen. Des Publikums benachteiligte sich eine starke Erregung, die sich noch steigerte, als der im Zuschauerraum anwesende Gatte der Frau Sturm das Verhalten seiner Frau, deren Gage 850 Mark pro Abend (11) beträgt, damit zu verteidigen suchte, daß diese Gage schon einige Tage nicht mehr gezahlt worden sei. Darauf richtete sich die Erregung des Publikums beson-